

Positionspapier

**Wachstum und Wohlstand in Europa: Eine
transatlantische Perspektive**

Inhalt

Einleitung.....	3
Erfolgsfaktoren für eine starke und prosperierende Europäische Union	4
Handelspolitik	4
Digitalpolitik.....	5
Innovations- und Forschungspolitik.....	7
Energie- und Klimapolitik.....	8
Gesundheitspolitik.....	9
Finanzpolitik.....	9
Arbeit- und Sozialpolitik.....	10
Verteidigung- und Sicherheitspolitik	10
Steuerpolitik.....	11

Einleitung

Die Europäische Union (EU) ist eine Erfolgsgeschichte – sie steht nicht nur für Frieden und gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern auch für Wachstum und Wohlstand in Europa. Dieser wirtschaftliche Erfolg basiert auf dem einheitlichen europäischen Binnenmarkt mit starken, international vernetzten Unternehmen und mehr als 500 Mio. Verbrauchern. Obwohl schon seit über 25 Jahren selbstverständlich, ist gerade der gemeinsame europäische Binnenmarkt die wahrscheinlich größte Leistung der EU. Rund 60 Prozent des gesamten Handels gehen allein auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zurück. Der europäische Binnenmarkt ist zudem eines ihrer herausragenden Vorteile, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Eine Vervollständigung des digitalen Binnenmarktes, Verbesserungen beim grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel, die weitere Finanzmarktintegration sowie eine stärkere Integration im EU-Energiebinnenmarkt, um mehr Effizienz in der Energieversorgung und bei der Erreichung der Klimaziele zu erwirken, sind wichtige Aufgaben der kommenden Jahre.

Ein fragmentiertes Europa der Einzelstaaten wäre ein bloßer Spielball in einer Welt, in der Staaten zunehmend nur noch ihre Einzelinteressen verfolgen und mehr und mehr protektionistische Maßnahmen ergreifen. Bei aller berechtigter Kritik an der EU und ihren Institutionen ist dies zu beachten, wenn die Europäerinnen und Europäer bis zum 26. Mai 2019 ihre Stimme bei der Wahl zum Europäischen Parlament abgeben. Mit dieser Wahl geht auch die Neubesetzung der Europäischen Kommission einher und das Wahlergebnis hat entscheidende Auswirkungen auf die zukünftige Ausgestaltung der europäischen Politik. Dabei sind auch Fragen von Bedeutung, die erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation jedes Einzelnen in Europa haben können: Inwiefern gewährleistet die EU optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa? Wie gestaltet die EU ihre Außenhandelsbeziehungen zu den USA und China und kann sie sich mit ihrem Bekenntnis zu freiem Handel sowie wettbewerbsfähigen und offenen Märkten durchsetzen?

Antworten auf diese Fragen finden sich in einer engen und belastbaren transatlantischen Partnerschaft wieder. Trotz bestehender Turbulenzen bleiben Europa und die USA jeweils die wichtigsten Handelspartner füreinander. Wie aus dem aktuellen Transatlantic Economy Report 2019 hervorgeht, beträgt der Handelsumsatz der transatlantischen Wirtschaft jährlich 5,5 Bio. Euro. Ein sehr hoher Wert, der aufzeigt, dass keine anderen zwei Weltregionen wirtschaftlich so eng miteinander verflochten sind wie Europa und die USA. 54 Prozent der globalen Investitionen in den USA kommen aus Europa und 55 Prozent der US-Auslandsinvestitionen gehen nach Europa. 2018 lagen US-amerikanische Güter-Exporte in die EU mit rund 285 Mrd. Euro fast dreimal so hoch wie der US-amerikanische Güter-Export nach China mit knapp 100 Mrd. Euro. Umgekehrt hat die EU Güter im Wert von rund 440 Mrd. Euro in die USA exportiert. Europa und die USA erwirtschaften damit zusammen knapp die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. An diesen Erfolgen sind auch die Mitglieder der AmCham Germany zu einem wesentlichen Teil beteiligt.

Die Errungenschaften im transatlantischen Handel sind das Ergebnis fortlaufender Kooperation und Kommunikation miteinander. Die EU und die USA stehen in einem harten, aber weitgehend

auf anerkannten Regeln fußenden Wettbewerb zueinander. Sie ergänzen sich nicht nur, sondern brauchen einander, um Innovation und Wachstum voranzutreiben. Umso wichtiger ist es, neben wettbewerbsfähigeren politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Europa auch die Verbesserung der transatlantischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ganz oben auf die Agenda der nächsten Legislaturperiode in Europa zu setzen. Nur so lassen sich Wachstum, Wohlstand und somit auch die politische Stabilität in Europa bewahren. Darüber hinaus ist für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaftspolitik ein intaktes ökologisches und soziales Umfeld unerlässlich. Deshalb müssen bei allen politischen Vorhaben auch die Auswirkungen auf die Umwelt und die soziale Stabilität in der Welt, in der Europäischen Union und in ihren Mitgliedsstaaten betrachtet werden. Besondere Herausforderungen stellen dabei der Klimawandel, die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft und globale soziale Unterschiede dar.

Im Folgenden werden Handlungsempfehlungen erläutert, die aus Sicht der politischen Arbeitskreise von AmCham Germany für eine erfolgreiche Legislaturperiode 2019 – 2024 unabdingbar sind.

Erfolgsfaktoren für eine starke und prosperierende Europäische Union

Handelspolitik

- **US-EU Freihandelsabkommen:** AmCham Germany unterstützt ein faires und regelbasiertes Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Die Gespräche und Entwicklungen des letzten Jahres haben gezeigt, dass beide Parteien ernsthaft an einem Freihandelsabkommen zum Wohle aller und der Förderung einer verstärkten transatlantischen Zusammenarbeit interessiert sind. AmCham Germany ermutigt beide Handelspartner, sich auf kurz- und langfristige Ziele zu konzentrieren und gemeinsam einen Rahmen für ein nachhaltiges, regelbasiertes und faires Handelsabkommen zu schaffen. Es wurde bereits eine Reihe von Bereichen ermittelt, in denen kurzfristig Fortschritte erzielt werden können, darunter die Zusammenarbeit in den Sektoren Automobil, Chemie, Energie, Arzneimittel und Medizinprodukte. Zu den langfristigen Zielen zwischen der EU und den USA gehören der Abbau aller tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse zwischen den beiden Wirtschaftsräumen, die Verbesserung der regulatorischen Zusammenarbeit und die Reform globaler, multilateraler Handelsorganisationen wie der WTO.

Ein transatlantisches Freihandelsabkommen sollte sowohl der europäischen Wirtschaft als auch der US-amerikanischen zugute kommen und Wachstum, Wohlstand und Stabilität auf beiden Seiten des Atlantiks fördern. Ein sicheres Geschäftsklima wird zu höheren Investitionen führen und beide Volkswirtschaften stärken. Darüber hinaus kann eine

starke transatlantische Beziehung die Weltwirtschaft positiv beeinflussen und sicherstellen, dass die gemeinsamen Werte der weltwirtschaftliche Maßstab bleiben.

- **Aufhebung der transatlantischen Zölle und Sanktionen:** Zur Fortführung der Verhandlungen eines transatlantischen Freihandelsabkommens sollten laufende Sanktionen und Zölle zwischen der EU und den USA beidseitig als Zeichen des guten Willens aufgehoben werden. Die Aufhebung der Stahl- und Aluminiumstrafzölle (Section 232) für Mexiko und Kanada und der damit verbundenen Gegenzölle ist ein entscheidender Schritt im Ratifizierungsprozess des USA-Mexiko-Kanada-Abkommens (USMCA). Darüber hinaus plädiert AmCham Germany für eine Deeskalation möglicher Ausgleichszölle auf Industriegüter im Rahmen der langjährigen Airbus-Boeing-Subventionskonflikte bei der WTO. Aufgrund der globalen Lieferketten und der Vernetzung der US-amerikanischen und europäischen Märkte wirken sich die Zölle auf beide Volkswirtschaften negativ aus, insbesondere wenn Gegenmaßnahmen ergriffen werden.
- **Förderung des Erfolgs multilateraler Institutionen:** Die EU sollte weiterhin mit ihren Partnern zusammenarbeiten, um die WTO zu reformieren und sicherzustellen, dass diese Organisation für die heutigen globalen Herausforderungen gerüstet ist. Handelsstreitigkeiten sollten im Rahmen multilateraler Institutionen angefochten werden, um sie wirksam und effizient zu lösen. Derzeit ist dies u.a. aufgrund struktureller Fragen nicht möglich. In einem ersten Schritt sollten sich beide Parteien darauf einigen, gemeinsam neue Vertreter für das Berufungsgremium der WTO zu benennen.
- **Erleichterung zusätzlicher Freihandelsabkommen:** Neben dem geplanten EU-US Handelsabkommen sollte die EU weitere Abkommen mit wichtigen Handelspartnern und -blöcken voranbringen. Dazu gehört die Fertigstellung des Handelsabkommens zwischen der EU, USA und Japan. Des Weiteren soll die EU das Modernisierungsabkommen zwischen der EU und Mexiko sowie weitere Abkommen mit asiatischen und Mercosur-Ländern aktiv unterstützen.

Digitalpolitik

- **Digitaler Binnenmarkt:** Die Vollendung des digitalen Binnenmarkts ist die Voraussetzung für den digitalen Wandel in der EU betreffen. AmCham Germany fordert entsprechend, dass sich die neue EU-Kommission prioritär für die Vollendung des digitalen Binnenmarkts einsetzt, um den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sowie Daten zu gewährleisten. Nur mit einheitlichen europaweiten Rahmenbedingungen kann Europa auch in Zukunft zu den Vorreitern der Digitalwirtschaft zählen und im internationalen Wettbewerb bestehen. Europa braucht eine digitale Agenda mit klaren Leitlinien für die Digitalpolitik, um die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten und weiter voranzutreiben.
- **Rahmenbedingungen für Investitionen und Technologien:** Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sollten in der kommenden Legislaturperiode verstärkt

Investitionen in digitale Technologien und innovative Geschäftsmodelle fördern. Zur gleichen Zeit muss dem Thema Datenschutz weiterhin eine wichtige Bedeutung zukommen. Die Entwicklung neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Blockchain, Internet of Things (IoT) und 5G muss auf EU-Ebene gefördert werden. Die Integration dieser Innovationen z.B. in die Bereiche Gesundheit und Mobilität sollte durch einheitliche Rahmenbedingungen unterstützt werden. Neue Verordnungen und Richtlinien der EU, wie die ePrivacy-Richtlinie, dürfen keine weiteren Einschränkungen für innovative datengetriebene Geschäftsmodelle mit sich bringen, um Wachstum und Wohlstand für Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu verhindern und den Standort Europa nicht zu schwächen.

- **Digitale Infrastruktur:** Leistungsstarke digitale Infrastrukturen sind eine Voraussetzung für die Gigabit-Gesellschaft. Daher plädiert AmCham Germany für eine vorausschauende und europaweit harmonisierte Frequenzvergabe, um so den infrastrukturellen Grundstein für mobile Breitbanddienste auch im Bereich IoT und speziell der Machine-to-Machine-Kommunikation zu legen.
- **Datentransfer und Cybersicherheit:** Besonders mit Blick auf den freien und sicheren Austausch von personenbezogenen Daten und den Herausforderungen mit Hinblick auf Cybersicherheit, muss die EU auch mit nicht-europäischen Regierungen zusammenarbeiten. Die Gewährleistung des freien Datenverkehrs im europäischen Binnenmarkt sowie mit wichtigen Handelspartnern, einschließlich der USA, gehört zu den Voraussetzungen, um das enorme Wachstumspotential der Datenwirtschaft voll auszuschöpfen. AmCham Germany fordert die EU auf, sicherzustellen, dass für Unternehmen weiterhin ein sicherer Rechtsrahmen für den Datentransfer zwischen der EU und den USA gilt, das EU-US Privacy Shield ist hierfür ein geeignetes Instrument. Zukünftige Handelsabkommen der EU sollten klare Angaben zum Datentransfer beinhalten und sich gegen die Lokalisierungspflicht von Daten und neue Formen des digitalen Protektionismus aussprechen. Da der Cyberraum grenzüberschreitend ist, muss die Richtlinie zur Gewährleistung der Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) harmonisiert umgesetzt werden. Weitere EU-weite einheitliche Sicherheitsstandards sollten sich an bereits bestehenden internationalen Standards ausrichten und orientieren.
- **Vertrauen:** Um die Vorteile der digitalen Technologien und den damit verbundenen Mehrwert für die Gesellschaft, Unternehmen und Politik voll ausschöpfen zu können, muss das Vertrauen in die Digitalisierung gestärkt werden. Skepsis gegenüber den komplexen, sich schnell entwickelnden und oft datenbasierten Geschäftsmodellen, künstlicher Intelligenz und Fragen rund um das Thema Cybersicherheit sollte durch nachvollziehbare, transparente Informationen und Aufklärung und Empfehlungen entgegen gewirkt werden. Die Leitlinien zur Künstlichen Intelligenz der von der EU-Kommission eingesetzten High-Level Expert Group on Artificial Intelligence sind hierfür ein guter Ansatz.

Innovations- und Forschungspolitik

- **Innovationsprinzip:** Die EU braucht ein gesellschaftliches Umfeld, das offen für Innovationen ist. Dabei muss der Nutzen einer Innovation gleichberechtigt zu möglichen Risiken betrachtet werden. Das Innovationsprinzip ist mittlerweile in die Leitlinien und Toolbox für bessere Rechtsetzung der Europäischen Kommission integriert. Aus Sicht von AmCham Germany gilt es nun, sowohl das Innovationsprinzip als auch das Vorsorgeprinzip in der Gesetzesfolgenabschätzung und im politischen Gesetzgebungsprozess über alle Politikbereiche hinweg auf EU-Ebene anzuwenden.
- **Wissenschaftsbasierte Entscheidungen:** Verlässliche Rahmenbedingungen sind unerlässlich für Investitionen in Innovation und neue Technologien. Dafür sind wissenschaftsbasierte Entscheidungsprozesse im Rahmen von EU-Regulierungen zentral. Institutionen, die das entsprechende wissenschaftliche Wissen für den Entscheidungsprozess bereitstellen, sollten für die Qualität des bereitgestellten Wissens die volle Verantwortung übernehmen.
- **Horizon Europe:** Die Stärkung von Wissenschaft, Forschung und Innovation in Europa durch das 9. EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ begrüßt AmCham Germany. Eine zentrale Rolle nehmen dabei Schlüsseltechnologien bei der Lösung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Krankheitsbekämpfung, Ernährung und Ressourcenschonung ein. Dabei muss die Beteiligung der Industrie an der weiteren Ausgestaltung der Forschungs- und Innovationsmissionen sichergestellt werden, um Forschungsergebnisse schneller in den Markt zu bringen.
- **Sprunginnovationen:** Die geplante Einführung des Europäischen Innovationsrates (EIR) zur Förderung von bahnbrechenden und disruptiven Innovationen ist zu begrüßen. Entscheidend für die Umsetzbarkeit und damit den Erfolg der Projekte des EIR wird die Einbeziehung der Industrie sein. Auch ist die Koordinierung der Arbeit des EIR mit vergleichbaren Institutionen der EU-Mitgliedsstaaten, z.B. SprinD in Deutschland, essenziell, um Synergien zu schaffen und Doppelstrukturen zu vermeiden.
- **Geistiges Eigentum & Patente:** Immaterielle Wirtschaftsgüter wie Patente, Marken, Urheberrechte und Prozessinnovationen sind ein elementarer Beitrag zur Wertschöpfung, insbesondere um Investitionen in disruptive Innovationen und Schlüsseltechnologien zu ermöglichen und zu fördern. Um diese zentrale Rolle der Schutzrechte des geistigen Eigentums zu verdeutlichen, ist ein gesellschaftlicher Diskurs wesentlich. Wie in den USA braucht auch Europa ein europäisches Einheitspatent. Eine schnelle Ratifizierung der entsprechenden Verträge ist notwendig.
- **Transatlantische Kooperation:** Ebenso sollte im Rahmen europäischer Programme die Internationalisierung noch stärker vorangetrieben werden: Cluster, Netzwerke und Hochschulen die international anwendungsorientiert forschen, sollten besonders gefördert werden. Dabei muss, neben europäischen Netzwerken, auch die Bedeutung transatlantischer Kooperationen gestärkt und besser gefördert werden.

Energie- und Klimapolitik

- **Energiebinnenmarkt:** Um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland und Europa zu sichern, ist ein vernetzter und marktwirtschaftlich ausgestalteter Energiemarkt unerlässlich. AmCham Germany fordert deshalb die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes im Zeichen des energiewirtschaftlichen Dreiecks aus Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähigen Preisen und Umweltverträglichkeit.
- **Hochleistungsinfrastruktur:** Neben einer sicheren und leistungsfähigen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, ist eine innovative, über die innereuropäischen Grenzen hinweg gut ausgebaute und moderne Energieinfrastruktur, die nachhaltig ist und mit der technologischen Entwicklung Schritt hält, für die in der EU tätigen Unternehmen von essentieller Bedeutung. Verstärkter Strom- und Gashandel mit Nachbarstaaten erhöht die volkswirtschaftliche Allokation und senkt Verbraucherpreise.
- **Verringerung von Treibhausgasemissionen:** AmCham Germany bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015. Um die Ziele zu erreichen, sind effektive Anstrengungen aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche notwendig. Der europäische Emissionshandel leistet in der Energiewirtschaft und der Industrie bereits seit 2005 seinen kontinuierlichen Beitrag, andere Bereiche müssen nun ähnliche Anstrengungen unternehmen. Der marktgerechte Ansatz des EU-Emissionshandelssystems droht allerdings zu bürokratisch zu werden. Wo immer möglich, gilt es dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Auch die Stärkung internationaler Kooperationsmechanismen zur Identifizierung der niedrigsten Vermeidungskosten von CO₂ müssen wieder angegangen werden.
- **Technologieoffenheit:** Die Nutzung innovativer Technologien für Carbon Capture and Utilization (CCU) oder Carbon Capture and Storage (CCS) zur Dekarbonisierung sollten stärker in den Blick genommen werden. Sie sind zum Erreichen der Klimaziele 2050 unerlässlich. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, die Energieforschung zu intensivieren und ausdrücklich technologieoffen zu gestalten.
- **Energiewende:** Eine sichere Versorgung ist Voraussetzung, um den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien voranzubringen. Dieser ist essentiell, um die Klimaziele Deutschlands zu erreichen. Erneuerbare Energien mit ihren sinkenden Stromgestehungskosten bilden im Zusammenspiel mit Gas sowie einer intelligenten Nutzung der Energieinfrastruktur so eine tragende Säule der Energiewende – eingebettet in verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

Gesundheitspolitik

- **Patentschutz für Arzneimittel:** Die letzten 5 Jahre der Gesetzgebung haben dokumentiert, dass es im Arzneimittelbereich immer mehr Herausforderungen im Hinblick auf das Thema Patentschutz gibt. Die forschende pharmazeutische Industrie ist einer der wichtigsten Treiber für Innovation und Wachstum in der EU. Es ist daher von großer Bedeutung, dass der Patentschutz, der als Kernstück für Forschung und Innovation sorgt, beibehalten und gestärkt wird, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem Weltmarkt zu erhalten. In diesem Zusammenhang müssen die sogenannten Supplementary Protection Certificates (SPC) ihre fünfjährige Gültigkeitsdauer beibehalten. Sie sind integraler Bestandteil des Patentschutzes für Arzneimittel. Jede weitere Erosion könnte zu unbeabsichtigten Konsequenzen mit Blick auf Arbeitsplätze und Investitionen führen.
- **Health Technology Assessment:** Mit dem Wissen, dass Preisgestaltung und Erstattung in den Bereich der nationalen Zuständigkeit fallen, ist AmCham Germany der Ansicht, dass ein umfassendes Health Technology Assessment (HTA) von Arzneimitteln, wie aktuell von der Kommission geplant, hilfreich wäre, um Doppelarbeit zu vermeiden. Die aktuellen Aktivitäten der Europäischen Kommission in diesem Bereich müssen auch nach den Wahlen fortgesetzt werden.
- **Medical Device Regulation:** Die neue EU-Medizinprodukteverordnung (Medical Device Regulation - MDR), die seit Mai 2017 in Kraft ist und eine dreijährige Übergangsfrist vorsieht, stellt die Medizinprodukte-Branche vor erhebliche Herausforderungen. Ein Jahr vor Ende der Übergangsfrist fehlen noch immer die notwendigen Voraussetzungen, damit die Unternehmen die MDR umsetzen können. Weder funktioniert die europäische Datenbank für Medizinprodukte, Eudamed, noch sind alle notwendigen Rechtsakte erlassen. Von bisher 58 Benannten Stellen, die für die Zulassung von Medizinprodukten zuständig sind, wurde erst eine neu für die MDR zertifiziert. AmCham Germany befürchtet, dass ohne sofortige Maßnahmen der Europäischen Kommission das neue Regelungssystem nicht rechtzeitig bereit sein wird, um eine adäquate Versorgung der Menschen in der EU mit Medizinprodukten auch nach Mai 2020 gewährleisten zu können.

Finanzpolitik

- **Europäischer Binnenmarkt für Banken:** Global verflochtene Finanzmärkte haben deutlich gemacht, dass nationale Aufsicht und Regulation alleine nicht ausreichen. Die EU hat es im Zuge der Finanzkrise geschafft, Banken und weitere Finanzakteure sicherer und stabiler zu machen. Noch ist der europäische Binnenmarkt für Banken allerdings nicht abgeschlossen. Zu häufig machen der Vertrieb von Finanzprodukten und die Finanzierung der Wirtschaft vor nationalen Grenzen halt. Auch eine weitere Harmonisierung der Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche fällt hierunter, da unterschiedliche nationale Umsetzungsgesetze zur Überprüfung zu einer weiteren Zersplitterung führen. Um einen europäischen Binnenmarkt, mit grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen voranzutreiben, drängt AmCham Germany hier auf einheitliche europäische Rahmenbedingungen.

- **Aufsichtsrechtliche Auflagen:** In diesem Zusammenhang ist besonders die Konsolidierung der aufsichtsrechtlichen Auflagen zu nennen. AmCham Germany fordert, dass die regulatorische Verantwortung zukünftig bei einer Aufsichtsbehörde liegt. Die jetzige Lösung mit mehreren, unterschiedlichen Ansprechpartnern führt zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand, welche im Vergleich mit anderen Wirtschaftsräumen zu einem Wettbewerbsnachteil führt.

Arbeit- und Sozialpolitik

- **Zukunft der Arbeit:** Die Veränderung der Arbeitswelt schreitet mit großen Schritten voran. Europaweit werden die Weichen für die Zukunft gestellt, von Unternehmen und auf regulatorischer Seite. Die Bevölkerung auf diese Umwälzungen vorzubereiten, ist entscheidend für Europas zukünftiges Wachstum, fortwährende Innovationsfähigkeit und Wohlstand. Besonders wichtig ist hierbei die kontinuierliche Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. AmCham Germany plädiert für eine unterstützende Rolle der EU bei weiterbildenden Qualifikationsangeboten, insbesondere durch die Finanzierung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, besonders im Bereich der digitalen Bildung, um Unternehmensinvestitionen in diesem Bereich weiter zu fördern.
- **A-1 Entsendeformular:** AmCham Germany drängt auf die Abschaffung des A1-Entsendeformulars für Dienstreisen im EU-Ausland. AmCham Germany bedauert, dass der Europäische Rat und das Europäische Parlament hier bislang nicht zu einer Einigung gekommen sind. Der Kampf gegen Missbrauch und Betrug sowie die Überprüfung des Sozialversicherungsstatus lässt sich von nationalen Behörden mit effektiveren Mitteln überprüfen.

Verteidigung- und Sicherheitspolitik

- **Harmonisierung der Exportpolitik:** Im Bereich Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung empfiehlt AmCham Germany den europäischen Mitgliedstaaten, ihre Exportpolitik im Bereich Verteidigung und Dual Use so weit wie möglich miteinander sowie mit den USA, Kanada und anderen Verbündeten zu harmonisieren. Dies erleichtert die Zusammenarbeit und gewährleistet eine bessere Abstimmung zwischen den Partnern. Darüber hinaus führt dies auch zu mehr Kapazitäten in der transatlantischen Luft- und Raumfahrt sowie im Verteidigungssektor.
- **Europäische Verteidigungspolitik:** AmCham Germany begrüßt die Umsetzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), einschließlich des Europäischen Verteidigungsfonds (EEF) und des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungssektor (EDIDP). Diese Maßnahmen sind ein entscheidender Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit der EU und zur weiteren Stärkung des europäischen Verteidigungssektors. Zu den wichtigsten Akteuren in diesem Sektor gehören europäische

Unternehmen mit US-amerikanischer Mutter, die durch die Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze, die Weiterentwicklung von Technologien und durch starke Investitionen in Europa zum Erfolg des Sektors beitragen. AmCham Germany ermutigt die EU sicherzustellen, dass diese Unternehmen an europäischen Programmen teilnehmen können, so wie Unternehmen mit europäischer Mutter an US-amerikanischen Förderprogrammen. Die grundlegende Souveränität der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung sollte aber nicht außer Acht gelassen werden.

- **NATO:** AmCham Germany möchte die EU ermutigen, mehr Gewicht auf die Stärkung der Fähigkeiten der NATO zu legen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Beiträge, die Förderung einer gerechten Lastenverteilung zwischen den NATO-Mitgliedern und die Gewährleistung, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die erforderliche Hard- und Software entwickeln und aufrechterhalten, um zu den allgemeinen strategischen Zielen der NATO beizutragen.

Steuerpolitik

- **Internationaler Konsens:** Steuerrechtliche EU-Richtlinien, insbesondere soweit sie sich auf die internationale Besteuerung von Unternehmen beziehen, bedürfen aus Sicht von AmCham Germany eines möglichst breiten internationalen Konsenses, da ansonsten ein weiteres Zunehmen der Doppelbesteuerung globaler Unternehmen die Folge sein wird. Dies gilt auch mit Blick auf die Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft. Insoweit sollte die EU die Arbeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Überarbeitung internationaler Besteuerungsgrundsätze unterstützen.
- **Vermeidung von Doppelbesteuerung:** AmCham Germany spricht sich für eine entschiedene praktische Umsetzung der Streitbeilegungsrichtlinie aus und ein Hinwirken auf entsprechende über die EU hinausgehende Vereinbarungen, um das bereits heute bestehende erhebliche Risiko der Doppelbesteuerung globaler Unternehmen zu bekämpfen .
- **Verbindliche bzw. einheitliche Regeln:** AmCham Germany spricht sich gegen steuerliche Vorschriften bzw. Richtlinien auf EU-Ebene aus, die, wie etwa die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (ATAD) bzw. DAC-6-Richtlinie, nur Mindeststandards setzen. Diese führen nicht zu einer Harmonisierung der Regelungen der Mitgliedsstaaten, sondern zu mehr Komplexität und erheblichen Administrierungsproblemen.
- **Reduzierung von Berichtspflichten:** In den vergangenen Jahren wurden die Meldepflichten für Unternehmen deutlich erweitert. AmCham Germany spricht sich für eine Reduzierung der Berichtspflichten für Unternehmen aus. Zudem bedarf es einer sehr sorgfältigen Prüfung der Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit vor Einführung weiterer Auflagen.

Staff Contact

Livia Fischer

Manager, Government Relations

Head of Berlin Office

T +49 30 2130056-23

F +49 30 2130056-11

E lfischer@amcham.de

Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)

Vor 116 Jahren gegründet und mit mehr als 2300 Mitgliedern ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Stimme der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

AmCham Germany online

www.amcham.de | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)